

Protokoll

des Einwohnerrats Zofingen

Amtsperiode 2022–2025

3. Sitzung 2022

Datum Montag, 16. Mai 2022
Zeit 18.00 – 22.15 Uhr
Ort Stadtsaal

Vorsitz Dr. Christian Nöthiger, Ratspräsident
Protokollführer Dr. Fabian Humbel, Stadtschreiber

Anwesend

37 Mitglieder des Einwohnerrats

Borer Adrian Dr. (glp), Einwohnerrat⁸
Burkard Karin (Grüne), Einwohnerrätin⁷
Freiermuth Maja (FDP/ZM), Einwohnerrätin⁵
Friderich Corina (Grüne), Einwohnerrätin⁵
Fumagalli Carla (glp), Einwohnerrätin
Gfeller Markus (SVP), Einwohnerrat^{6, 7}
Guyer Gian (Grüne), Einwohnerrat^{6, 8}
Gygax Attila (glp), Einwohnerrat⁷
Gygax Daniel (FDP/ZM), Einwohnerrat⁶
Hagmann Stéphanie (EVP-Die Mitte)
Hauri Hansrudolf (SVP), Einwohnerrat^{6, 8}
Hoffmann Lena (Grüne), Einwohnerrätin⁴
Hösli Viviane (SP), Einwohnerrätin
Hostettler Matthias (Grüne), Einwohnerrat²
Hottiger Tobias Dr. (FDP/ZM), Einwohnerrat⁸
Keller Thomas (FDP/ZM), Einwohnerrat⁷
Kirchhofer André Dr. (FDP/ZM), Einwohnerrat⁵
Koechlin Laura (FDP/ZM), Einwohnerrätin
Kremer Franziska (SP), Einwohnerrätin^{7, 8}
Lerch Raphael (SVP), Einwohnerrat⁵
Müller Maik (FDP/ZM), Einwohnerrat⁴
Nauer Nadine (EVP-Die Mitte), Einwohnerrätin
Negri Marco (SVP), Einwohnerrat⁵
Nöthiger Christian Dr. (SP), Einwohnerrat^{1, 4, 7}
Plüss-Bernhard Andrea Dr. (EVP-Die Mitte), Einwohnerrätin⁶
Schindler René (SVP), Einwohnerrat

Schürch-Meder Claudia (EVP-Die Mitte), Einwohnerrätin^{5, 7, 8}
 Senn Ammann Yolanda (Farbtupfer), Einwohnerrätin
 Sjöberg Anders Dr. (glp), Einwohnerrat^{5, 6}
 Sommer Alice (Grüne), Einwohnerrätin
 Sommer Hans Rudolf (SP), Einwohnerrat⁵
 Stenz Pascal (FDP/ZM), Einwohnerrat^{3, 6}
 Studer Yves (SVP), Einwohnerrat³
 Wacker Michael (SP), Einwohnerrat^{5, 6}
 Willisegger Barbara (SVP), Einwohnerrätin⁷
 Zinniker Béatrice (FDP/ZM), Einwohnerrätin⁷
 Zobrist Luc (FDP/ZM), Einwohnerrat

Entschuldigt

Fankhauser Salome (SP), Einwohnerrätin
 Jordi Irma (EVP-Die Mitte), Einwohnerrätin
 Olar Sandra (SP), Einwohnerrätin⁶

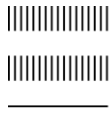
Legende

¹Präsident
²Vizepräsident
³Stimmzähler/in Büro ER
⁴Stimmzähler/in Wahlbüro
⁵Mitglied FGPK
⁶Mitglied Spezialkommission Revision Gemeindeordnung
⁷Mitglied Spezialkommission Oberstufenzentrum
⁸Fraktionspräsident/in

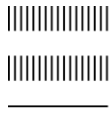
Verteiler

Mitglieder des Einwohnerrats
 Mitglieder des Stadtrats

Publiziert am 28. Juli 2022 auf www.zofingen.ch.



Traktanden	Seite
1. <u>Mitteilungen</u>	36
2. <u>Kreditbewilligungen</u>	36
ER.2022.021 Oberstufenzentrum OSZ Rebbergstrasse – Zusatzkredite Projektierung und Aufstockung	
ER.2022.020 Schulinformatik – Ergänzung bestehende Infrastruktur durch personalisierte Tablets	51
3. <u>Gemeindeverträge</u>	53
ER.2022.022 Gemeindeverträge und Reglement Regionale Musikschule	
4. <u>Reglemente</u>	55
ER.2022.023 Taxiwesen – Überarbeitung bestehendes Taxireglement der Stadt Zofingen	
5. <u>Parlamentarischer Vorstoss</u>	58
ER.2021.196 Motion von Franziska Kremer (SP) vom 21. Juni 2021 betreffend "Schaffung einer freiwilligen öffentlichen Tagesschule in Zofingen"; Haltung Stadtrat	
6. <u>Umfrage</u>	59



Traktandum 1 – Mitteilungen

Christian Nöthiger, Ratspräsident

Der Ratspräsident begrüsst alle Anwesenden zur heutigen Sitzung.

Die zur Diskussion gestellte **Traktandenliste** wird ohne Änderungen **genehmigt**.

Das **Protokoll der Einwohnerratssitzung** vom **21. März 2022** wurde am 14. April 2022 verschickt. Die 10-tägige Frist für Änderungsbegehren lief am 25. April 2022 ab. Innerhalb der Frist sind keine Änderungsbegehren eingegangen. Das Protokoll gilt somit als genehmigt.

Für die heutige Sitzung haben sich Salome Fankhauser, Irma Jordi und Sandra Olar entschuldigt.

Der Rat ist **mit 37 Mitgliedern verhandlungsfähig**.

Als **Tischaufgaben** liegen der Jahresbericht 2021 des städtischen Museums, eine Einladung zur Einweihung des lebendigen Rosengartens sowie ein Flyer des Stadtsaals auf.

Es sind keine **parlamentarischen Vorstösse** neu eingegangen.

Laura Koechlin (FDP/ZM) hat auf das Ende der heutigen Sitzung infolge Wohnortwechsels ihren Rücktritt aus dem Einwohnerrat eingereicht. Die Verabschiedung erfolgt zum Schluss der Sitzung. An der Sitzung vom 20. Juni 2022 wird ihre Nachfolge in Pflicht genommen.

Traktandum 2 – Kreditbewilligungen

ER.2022.021

Oberstufenzentrum OSZ Rebbergstrasse – Zusatzkredit Projektierung und Aufstockung

Eintreten ist nicht bestritten.

Attila Gygax, Referent Spezialkommission

Die Spezialkommission hat sich seit Januar 2017 bisher 12-Mal getroffen. Zu Beginn hiess die Kommission "Schulraumplanung GMS". Die aktuelle Präsidentin ist Claudia Schürch. Das Geschäft ist sehr umfangreich. Es ist aber nicht so kompliziert. Viele Teile des Geschäfts sind informell.

Zum Antrag 1: Der Stadtrat hat 2020 beschlossen, für die Ausführungsphase ein neues Planerteam zu beauftragen. Man war sich nicht einig über die Entschädigungen. Das Vorprojekt liegt bereinigt und abgeschlossen vor. Das Bauprojekt ist in Bearbeitung und etwa zur Hälfte abgeschlossen. Mit den bisherigen Planern wären weitere Mehrkosten entstanden, weshalb auch dann ein Zusatzkredit nötig geworden wäre. Aufgrund des Planerwechsels können nun insgesamt ca. CHF 1.3 Mio. eingespart werden. Die neuen Planer sind nicht mehr als Generalplaner mandatiert. Künftig wird jeder Planer einen separaten Vertrag mit der Stadt abschliessen. Das hat den Vorteil, dass, wenn irgendetwas schief läuft, die einzelnen Planer direkt dem Bauherrn verpflichtet sind. Man kann schneller reagieren, weil Mängel in der Regel schneller auf den Tisch kommen. Die Wertschöpfung bleibt zu einem schönen Teil in der Region oder sogar in der Stadt. Die Art der Kalkulation des Honorars ändert ebenfalls. Verbreitet ist eine Berechnung über die Bausumme. Das heisst, je teurer der Bau wird, umso höher ist das Planerhonorar. Das trägt nicht zu kostenoptimiertem Bauen bei. Die neuen

Verträge enthalten Festhonorare, was auch angesichts der Bauteuerung von Vorteil ist. Die Kommission hat die Klärung der Nachhaltigkeitsthemen verlangt. Das wird gemacht. Die Kommission hat dem Antrag 1 einstimmig zugestimmt.

Antrag 2 betrifft die Aufstockung. Grundsätzlich wurde das Gebäude so angepasst, dass inklusive der nötigen Schulräume für Brittnau und Strengelbach an sich keine Aufstockung nötig wäre. Gemäss der 2021 aktualisierten Studie Metron reicht das Raumprogramm ohne Aufstockung bei Fertigstellung im Jahr 2028 aber bereits nicht mehr aus. Es fehlen zwei Schulzimmer. In der weiteren Zukunft dürften zusätzliche Zimmer fehlen, auch wenn der Ausblick in der Studie in der Kommission nicht unumstritten war. Klar ist, dass mit den anstehenden Wohnbauprojekten in der Stadt mit zusätzlichen Kindern zu rechnen ist. Mit der sofortigen Aufstockung besteht zwar kurzfristig eine Überkapazität. Diese gibt aber Spielraum für die weitere Entwicklung, inkl. Einbezug des Bez-Schulhauses. Den Schulraum wird es letztlich sowieso brauchen. Mit einer sofortigen Aufstockung kann vergleichsweise günstiger Schulraum direkt umgesetzt werden. Auch für die Schule ist es einfacher, wenn nicht später im laufenden Betrieb Bauarbeiten erfolgen. Die Spezialkommission stimmt auch diesem Antrag einstimmig zu.

Antrag 3 wird zur Kenntnis genommen. Der Zustand des Bez-Gebäudes ist schlecht, eine Sanierung wäre sehr aufwändig und teuer. Gleichzeitig würde eine Sanierung kein ideales Ergebnis bringen. Die Schulräume sind zu klein, die Raumhöhen zu niedrig und die Energiewerte schlecht. Die Begründungen sind aus Sicht der Spezialkommission schlüssig.

Attila Gygax, Fraktionsvotum (glp)

Aus Sicht der Fraktion ist dies die beste Vorlage bisher zum Thema Oberstufenzentrum. Die Fraktion ist auch dankbar für die Kommunikation der stadträtlichen Haltung zur Bez. Der Fraktion wäre es zwar lieber gewesen, diesen Entscheid bereits bei der Projektierung gehabt zu haben. Die Fraktion ist sich aber einig, dass diese erste Etappe zukunftsfähig ist. Zum Zusatzkredit 1: Es sind Fehler passiert. Die Fraktion erwartet, dass die Lehren gezogen werden. Sie anerkennt aber, dass zu geschehenen Fehlern gestanden und gehandelt wird. Generell ist bei diesen Verträgen wichtig, dass sie ganz präzise abgeschlossen werden. In den möglichen Modellen müssen allfällige Szenarien bereits bedacht werden. Es besteht mit dem neuen Vertragsmodell mit den gewählten Einzelverträgen das Risiko, dass bei Schwierigkeiten zwischen den Planern die Stadt selber vermitteln muss. Die Fraktion stimmt den Anträgen 1 und 2 einstimmig zu und nimmt mit Freude von Antrag 3 Kenntnis.

Claudia Schürch, Fraktionsvotum (EVP-Die Mitte)

Aus Sicht der Fraktion ist nicht alles ideal gelaufen. Die Kritik wurde aber ernst genommen. Wir werden auch in der Spezialkommission weiter aufmerksam sein. Aus Sicht der Fraktion wäre es nicht zukunftsgerichtet, das Projekt nun abzubrechen. Es gibt für die Fraktion keine Alternativen zum heutigen Geschäft. Der Planerwechsel war unschön, aber nötig und sinnvoll. Die Fraktion stimmt dem Geschäft zu.

Karin Burkart, Fraktionsvotum (Grüne)

Auf den ersten Blick scheint das Projekt nun endlich Fahrt aufzunehmen. Die Aufstockung des geplanten Gebäudes zeigt eine einfache Lösung, künftiges Schülerwachstum jetzt schon zu berücksichtigen. Die Gespräche um die zweite Etappe werden um ca. 10 Jahre vertagt. Die Grünen stehen dem nicht ganz durchdachten Projekt kritisch gegenüber. Der Standort BZZ wurde nicht unvoreingenommen geprüft. Der Bau in Etappen bringt keine Vorteile. Wir wissen nicht genau, wo der zweite Bau hinkommt. Es fehlt an einer Gesamtplanung des Oberstufenzentrums. Die Standorte Bez und

BZZ wurden nicht unvoreingenommen verglichen. Bauverzögerungen, Umparzellierungen oder Parkplätze sind einige Punkte, die zwar gegen den Standort BZZ sprechen mögen. Es gibt aber auch Vorteile, z. B. der Schulweg, oder aber die im Raum GMS nötigen Provisorien und die lange Zeit von Baumassnahmen auf diesem Schulareal. Mehrkosten für Provisorien sind noch nicht aufgelistet. Fragen zur Nutzung von Synergien mit dem Standort BZZ fehlen. Auch Themen wie das Wachstum im Swissprinters-Areal wurde nicht in die Überlegungen miteinbezogen. Auch die Schulkultur wurde nicht miteinbezogen. Raum für gemeinsames Lernen oder Essen würde diese Kultur fördern. Ich möchte festhalten, dass die Spezialkommission und der Stadtrat intensive Jahre der Schulraumplanung hinter sich haben. Es wurden viele gute Diskussionen geführt. Nun stehen wir aber vor neuen Tatsachen, weshalb wir den vorliegenden Entscheid nochmals überprüfen müssen. Die Fraktion stellt im Anschluss einen Rückweisungsantrag zur nochmaligen Prüfung des Stadtorts BZZ.

Franziska Kremer, Fraktionsvotum (SP)

Das vorliegende Geschäft hat auch bei der SP zu grossen Diskussionen geführt. Die Fraktion ist sich bis jetzt nicht einig zum heutigen Geschäft. Ohne Diskussion angenommen wird der zweite Antrag zur Aufstockung. Der Bedarf ist ausgewiesen. Wenn also das Schulhaus so gebaut wird wie vorgesehen, dann macht die Aufstockung Sinn. Zum Antrag 1: Es macht Sinn, den Kosten zuzustimmen, um das Projekt weiterführen zu können. Zofingen braucht mehr Schulraum, und Zofingen braucht ihn rasch. Wir haben jetzt schon Provisorien. Nach heutigem Wissensstand wird sich der Platzbedarf noch akzentuieren. Zofingen hat eine lange Tradition im grosszügigen Schulhausbau. Schon das GMS war zukunftsweisend. Am Anfang überrissen, heute zu klein. Der aktuell vorgesehene Bau ist nicht überrissen. Es wird gebaut, was nötig ist. Es stellt sich aber die Frage, ob der vorgesehene Bau am richtigen Ort ist. Die SP will zum Teil den Standort nochmals prüfen. Der 3. Antrag hat die SP etwas verunsichert. In dieser Deutlichkeit wurde der Rückbau der Bez erst vor Kurzem kommuniziert. Aus ökologischen, planerischen und ökonomischen Gründen muss anstatt der Bez ein neues Schulhaus gebaut werden. Die Bez muss abgerissen werden. Deshalb muss aber auch der Standort nochmals bewusst geprüft werden. Die Fraktion ist sich nicht einig und wird unterschiedlich abstimmen.

Thomas Keller, Fraktionsvotum (FDP)

Im Nachhinein ist man immer gescheiter, irgendwann muss man aber entscheiden. Es ist das wichtigste finanz- und bildungspolitische Geschäft in Zofingen. In der Spezialkommission sind alle Parteien vertreten. Schon 2021 wurde der Campus BZZ nochmals evaluiert. Man ist zum Schluss gekommen, dass der Standort Rebberg aktuell der Geeignetste ist. Wenn man mehrere Etappen machen kann, ist dies finanzpolitisch besser. Am Standort BZZ müsste alles aufs Mal gebaut werden. Der Zusatzkredit ist zwar unschön, aber nötig. Die Aufstockung macht Sinn. Der Antrag 3 wird zur Kenntnis genommen. Die Fraktion heisst die gestellten Anträge gut.

Hansrudolf Hauri, Fraktionsvotum (SVP)

Auch in der SVP-Fraktion wurde das Geschäft heftig diskutiert. Die Fraktion war sich bis zum Schluss nicht einig, sie war hin und her gerissen. Die Fraktion steht klar hinter dem Oberstufenzentrum. Es wird aber ebenfalls der Standort in Frage gestellt. Die Erkenntnis, dass die bestehende Bez abgerissen werden soll, führt zu einer anderen Ausgangslage. Das neue Gebäude wurde der alten Bez angepasst. Diesbezüglich stellt sich die Frage, ob das neue Gebäude trotzdem in der vorgesehenen teuren Bauart gemacht werden muss, oder ob ohne Bezug zur Bez günstiger gebaut werden kann. Die Fraktion möchte, dass der Standort BZZ nochmals neutral geprüft wird. Die Fraktion findet es zudem riskant, mit einem gespaltenen Einwohnerrat in eine Volksabstimmung zu gehen. Die Fraktion stimmt dem Rückweisungsantrag deshalb zu.

Andreas Rügger, Stadtrat

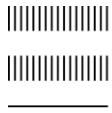
Wir haben viele Argumente für und gegen das Projekt gehört. Die Vorlage ist sehr umfangreich. Zunächst entschuldige ich mich für den Fehler beim Betrag des Kreditantrags in der Vorlage. Ich verweise auf die Ausführungen von Attila Gyax bezüglich der Fakten. Die Spezialkommission hat das Projekt einstimmig, ohne Gegenstimmen oder Enthaltungen, gutgeheissen. Teil des Projekts ist auch die Aufstockung. Die Spezialkommission hat auch diese einstimmig gutgeheissen. Das Raumprogramm wurde in enger Zusammenarbeit mit der Schule ausgearbeitet. Es wurde seriös auf den Lehrplan 21 abgestimmt. Wir sprechen von einer langen Planungsgeschichte, in der nicht alles rund gelaufen ist. Das Projekt ist immer weitergewachsen bis zum Entscheid, ein neues Oberstufenzentrum zu bauen. Wenn wir nun am Standort rütteln wollen, können wir das selbstverständlich. Wir gehen dann aber wieder zurück auf Feld 1. Wir verlieren die bisherigen Planerkosten und verlieren viel Zeit. Wollen Sie den Schülern und der Lehrerschaft lange Zeiten in Provisorien zumuten? Meines Erachtens ist das heutige Projekt besser als jahrelang in Provisorien unterrichten zu müssen. Der Standort BZZ wurde mehrfach intensiv geprüft. Die Vorteile des Standorts Rebberg überwiegen deutlich. Im BZZ müsste ein grosses Stück Landwirtschaftsland verwendet werden. Die Kosten würden sich grob auf CHF 60 bis 70 Mio. in einer Etappe belaufen. Wir sollten nicht wieder auf Feld 1 zurückgehen. Beim Standort BZZ müssten wir am Rebberg mit der Bez weiterfahren. Die Zone ist ÖBA, wir könnten nicht einfach Wohnraum dort bauen. Wenn überhaupt, würde auf diesem Areal wohl eine sehr dichte Überbauung realisiert werden müssen. Wollen wir das? Die Schule war von Anfang an im Projekt vertreten, sowohl seitens der Schulpflege, als auch seitens der Schulleitung. Beim vorliegenden Projekt planen wir bei den Räumen grosszügig, grösser als die Vorgaben des Kantons. Zu weiteren Details würde ich später Stellung beziehen.

Lukas Fankhauser, Stadtrat

Der Lehrplan 21 macht bestimmte Vorgaben, um die entsprechenden Fächer unterrichten zu können. Bei Planungsbeginn waren noch nicht alle Details, z. B. zu Spezialfächern, bekannt. In der Planung wurden deshalb in der ersten Phase die reinen Klassenzimmer, auch für Brittnau und Strengelbach, sichergestellt. Das Projekt liefert, was bestellt wurde. Bei den zusätzlichen Fachräumen können wir noch nicht von Anfang an liefern. Wir können nicht alles an einem Stück bauen. In einer zweiten Phase werden diese Räumlichkeiten gebaut. Sie können dann gleich an die Anforderungen des Lehrplans 21 angepasst werden. Zwischenzeitlich müssen die Fachlehrpersonen noch mit nicht-Lehrplan-21-tauglichen Zimmern auskommen. Das Projekt geht durch die beiden Phasen etwas länger, was aber auch finanzpolitisch sinnvoll ist.

Karin Burkart, Einwohnerrätin

Die Fraktion der Grünen stellt den Antrag auf Rückweisung des Geschäfts. Ein Oberstufenzentrum mit der Kapazität der geplanten Aufstockung soll am Standort BZZ nochmals geprüft werden. Die Rahmenbedingungen haben sich seit dem Start im Jahr 2014 mehrfach geändert. 2017 war z. B. der Stand, dass die heutige Bez für die schulischen Anforderungen in Takt sind und genügt. Mittlerweile soll ein Projekt realisiert werden, das architektonisch zu einem Schulhaus passen soll, welches später rückgebaut werden soll. Die Entwicklungen haben das Projekt überholt. Die Lehrpersonen sollen angesichts des Lehrplans 21 miteinbezogen werden. Ein Gesamtprojekt zum Oberstufenzentrum fehlt, wie sich der Neubau in den nächsten 10 Jahren entwickeln soll. Zwar stimmen wir heute über kleinere Beiträge ab. Im Endeffekt stimmen wir aber über ein 100 Mio. Projekt ab, dass das OSZ am Rebberg definitiv zementiert. Der Stadtrat hat in der Vorlage vom Oktober 2021 die Vor- und Nachteile des Standorts BZZ gegenüber dem Standort Bez aufgezeigt. Die Vorteile des Standorts BZZ sind im Vergleich zu den Nachteilen tatsächlich sehr klein. Nachteile sind bspw. Zeitverzögerungen beim Bauvorhaben, Parkplatzproblematik und weitere Schulwege aus Uerkheim, Bottenwil oder Mühlethal. Diese Nachteile könnten auch anders herum überlegt werden. Auch heute diskutieren



wir über genügend Parkplätze am Standort Rebberg. Die Stadt muss sich überlegen, wo künftiger Schulraum geschaffen wird. Am Standort BZZ liegen die Sportanlage Trinermatten und die Badi in unmittelbarer Nähe. Die Kosten für Aussenanlagen könnten minimiert werden. Mit der Berufsschule und der Kanti können gemeinsame Räume für das Mittagessen geprüft werden. Das Bez-Gebäude könnte für eine Tagesschule oder die Musikschule genutzt werden. Es soll ein Gesamtkonzept am Standort BZZ unvoreingenommen geprüft werden.

Attila Gygax, Einwohnerrat

Dieser Rückweisungsantrag ist das falsche Instrument. Eine unvoreingenommene Prüfung des Standorts ist nicht möglich. Der Stadtrat hat das vorgelegte Geschäft sorgfältig geprüft. Wenn man den Standort nicht will, muss man das Projekt ablehnen. Ich weiss nicht, was ich zum Thema veränderte Umstände sagen soll. Es gab vor Jahren Vorstösse zum Thema Bez ("Fass ohne Boden"). Das ist keine neue Grundvoraussetzung und gegenüber dem Steuerzahler nicht ehrlich. Wenn wir heute nein sagen, haben wir ca. CHF 2 Mio. vergebens ausgegeben. Neue Voraussetzungen wird es auch bei einem neuen Projekt immer wieder geben. Es wird immer ein Kompromiss sein. Es wird ein Siegerprojekt geben, es wird geplant, die Voraussetzungen werden sich wieder ändern. Bitte lehnt den Rückweisungsantrag ab.

Stephanie Hagmann, Einwohnerrätin

Es ist befremdlich zu hören, was sich gemäss den Voten alles zwischen 2017 und heute geändert haben soll. Genau diese Votanten haben noch am 6. April 2022 einstimmig ja zu diesem Projekt gesagt. Das ist nicht nachvollziehbar. Anstelle eines Rückweisungsantrags im Nachhinein hätten diese Äusserungen in der zuständigen Kommission erfolgen und die Bedenken geäussert werden können. Im Weiteren werden die Ausführungen bezüglich des falschen Instruments von Attila Gygax geteilt. Es gab keine Argumente gegen den Planerwechsel resp. die Aufstockung.

Claudia Schürch, Einwohnerrätin

Wir können nicht die gleiche Fragestellung den gleichen Personen geben und erwarten, dass ein anderes Resultat kommt. Man kann annehmen oder ablehnen. Etwas Dargelegtes nochmals darlegen bringt nichts. Man soll ehrlich sagen, ob man das Projekt an diesem Standort will oder nicht. Wir wissen auch später nie, ob wir den perfekten Standort haben. Der Rückweisungsantrag ist ein nutzloses Instrument.

Yolanda Senn Ammann, Einwohnerrätin

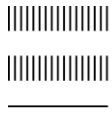
Ich hoffe, dass unsere Voten noch etwas bewirken können. Aus diesem Grund stelle ich einen Antrag auf geheime Abstimmung über den Rückweisungsantrag.

Attila Gygax, Einwohnerrat

Ich stelle den Antrag auf Abstimmung unter Namensaufruf für alle mit dem Geschäft in Zusammenhang stehenden Abstimmungen.

Michael Wacker, Einwohnerrat

Ich stimme der Rückweisung zu. Wenn ich höre, dass die Standortfrage in der Kommission nochmals aufgenommen wurde und anschliessend bekannt gegeben wurde, dass die Bez abgerissen werden soll, stellt sich mir die Standortfrage wieder. Zudem kann man das Pferd während des Rennens nicht mehrfach wechseln. Am 25. November 2019 hat der Rat den Antrag auf einen Kredit inkl. Aufstockung bewilligt. Warum müssen wir diese Aufstockung nochmals bewilligen? Der Stadtrat hat den Rat nicht ernst genommen. Es wurde gesagt, dass es um Zofinger Schulraum geht, unabhängig ob Brittnau und Strengelbach mitmachen. In der Vorlage heisst es nun, dass Brittnau und



Strengelbach berücksichtigt worden seien. Der Grundriss wurde verändert statt die Höhe. Wenn heute also die Aufstockung abgelehnt wird, gibt es eine Zusage für eine Aufstockung und eine Ablehnung gegen eine Aufstockung. Im Architekturwettbewerb hiess es, dass die Architektur auf die Bez abgestimmt sein muss. Inzwischen wollen wir die Bez aber abreißen. Könnten wir nun ohne Bezug zur Bez günstiger bauen, am gleichen Standort, mit demselben Schulraumbedarf? Ich erinnere daran, dass eine Volksabstimmung ansteht. Ich zitiere Kollege Adrian Borer aus einer früheren Sitzung, der Einigkeit im Rat als Voraussetzung für die Volksabstimmung angemahnt und deshalb einen Marschhalt mit Rückweisung zur Klärung der offenen Fragen und zum Erzwingen der wirtschaftlichsten Lösung gefordert hatte. Nun geht es um die allgemeine Diskussion zur Dimension. Die Bez soll nun abgerissen werden, was z. K. genommen werden kann. Was heisst zeitnah im Zusammenhang mit der Bez? Unmittelbar nach Fertigstellung des OSZ? Erst in 10 Jahren? Wenn der Stadtrat nochmals alles geprüft hat, kann er die Vorlage von mir aus nochmals so bringen. Wenn wir aber nicht geeint auftreten, besteht das Risiko, dass die Vorlage an der Urne scheitert.

Tobias Hottiger, Einwohnerrat

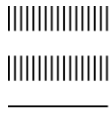
Wir haben heute scheinbar eine unheilige Allianz ganz links und ganz rechts. Die Argumente sind aber nicht deckungsgleich. Wir werden also auch so kaum geeint in eine Volksabstimmung gehen. Für die SVP ist die Bauweise vielleicht zu teuer. Ich glaube aber nicht, dass wir mit der Rückweisung Kosten sparen können. Sie werden tendenziell wohl eher steigen. Bei SP und Grünen scheinen es verschiedene Gründe zu sein. Wenn ich aus der SP höre, dass der Bez-Rückbau plötzlich und überraschend kommt, frage ich mich, was die Fraktion denn so macht an ihren Sitzungen. Das kommt nicht überraschend. In der Spezialkommission wurde von einer Mehrheit von Grünen, SP und SVP ein einstimmiger Entscheid gefällt. Nun weisen die gleichen Parteien das Geschäft zurück. Das ist dilettantisch. So funktioniert Politik nicht. Auf der Homepage der Grünen Zofingen steht, dass sie verdichtetes Bauen fordern. Am Standort BZZ wären aber wertvolle Fruchtfolgeflächen von einem Bau betroffen. Nehmen Sie ihre Verantwortung wahr und lehnen Sie den Antrag auf Rückweisung ab.

Gian Guyer, Einwohnerrat

Keine Schnellschüsse ist das Stichwort. Die Rückweisung ist das richtige Instrument. Wir sind nicht gegen das Schulhaus oder das Projekt. Wir wollen, dass das Projekt nochmals dahingehend überprüft wird, ob man auf dem richtigen Weg ist. Wenn dann rauskommt, dass der Standort richtig ist, dann soll das Projekt so realisiert werden. Wenn das Projekt an der Urne abgelehnt würde, wären wir auf Feld 1 und hätten viele Planungskosten verloren. Eine neutrale Prüfung ist möglich. Jahre-lange Provisorien könnten allenfalls auch am Standort Rebberg nötig werden. Die Involvierung der Schulleitung ist nicht gleichbedeutend mit der Einbindung der Lehrerschaft in einem partizipativen Projekt. Wir wollen eine professionelle Überprüfung des vorliegenden Projekts.

Adrian Borer, Einwohnerrat

Es ist interessant, dass zwei Grüne Exponenten einmal von einem und einmal von zwei Baukörpern sprechen. So sind wir heute unterwegs. Eine Umparzellierung wird brutal unterschätzt. Das Land ist nicht bereit für eine Bebauung. Man müsste zuerst ein Vorprojekt für eine Umparzellierung haben, anschliessend die Umparzellierung durchführen und dann weiterplanen. Das geht doppelt so lange als alles bisher. Wenn unsicher ist, was in ein paar Jahren genau an Anforderungen im Raum stehen, ist das heutige Projekt von Vorteil mit einer Etappierung. Mit dem zweiten Baukörper kann auf allfällige geänderte Bedürfnisse reagiert werden. Generell zum Standort BZZ: Wir haben am Rebberg und im BZZ eine Zone ÖBA. Am Rebberg kann man realistischerweise nur Schulraum bauen. Im BZZ wären aber auch andere Nutzungen denkbar. Was machen wir am Rebberg, wenn wir keine Schule bauen? Aus diesem strategischen Grund kommt für mich ein Neubau im BZZ nicht in Frage. Eine



Neuplanung dauert noch länger. Bis dann haben wir noch mehr Unsicherheiten. Besser wird es nicht – billiger auch nicht. Die Grünen sind dem Thema der Kosten komplett aus dem Weg gegangen. Aus gutem Grund wohl, da X-Mio. Mehrkosten damit verbunden wären. Eine Rückweisung wäre ein Fiasko. Zudem würden wir unsere Nachbargemeinden vor den Kopf stossen. Alle Parteien waren in der Spezialkommission vertreten. Was hat diese Kommission denn gemacht? Die Kommission hat gut gearbeitet. Darauf will ich aufbauen. Eine Rückweisung wäre ein Fiasko und falsch. Wenn man gegen den Standort ist, muss man das Projekt ablehnen.

Yolanda Senn Ammann, Einwohnerrätin

Wir übernehmen Verantwortung. Es geht um einen Bau, der für 60 bis 80 Jahre hält. Eine unheilige Allianz ist es nicht, sondern es wird eine politische Diskussionskultur betrieben. Es gibt keine Verzögerung von 10 Jahren. Es geht darum, das Ganze nochmals zu überdenken, um gemeinsam dahinter zu stehen.

Andrea Plüss, Einwohnerrätin

Ich bitte, den Rückweisungsantrag abzulehnen. Der Abbruch der Bez ist keine Überraschung. Es wurden die verschiedenen Szenarien aufgezeigt und es war klar, dass ein Abriss die beste Lösung ist. Es steht zwar nicht eins zu eins in der Vorlage, aber mit der Aufstockung würden 10 Zimmer gebaut. Die Bez braucht 15. Wir haben damit eine sehr gute Grundlage, um nachher den nächsten Schritt zu machen. Es ist klar, dass, was wir heute planen, in 10 Jahren wieder anders ist. Wir sollten so weitermachen, wie wir heute unterwegs sind. In der nächsten Bauphase können wir wieder schauen, was es an Veränderungen braucht. Den vorgesehenen Abbruch der Bez habe ich als Befreiung wahrgenommen. Die Bez war schon zu meinen Schulzeiten nicht mehr zeitgemäss. Es wäre ein Fass ohne Boden, dort weiter Schule geben zu wollen.

Michael Wacker, Einwohnerrat

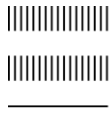
Wir konnten im November 2019 zuletzt im Einwohnerrat entscheiden. In dieser Vorlage stand, dass die Einordnung in die bestehende Schulanlage, der Umgang mit der vorhandenen Bausubstanz und eine anspruchsvolle und innovative Architektur Voraussetzung für den Wettbewerb waren. Im März 2021 wurde von einem unvermeidbaren Rückbau der Bez Kenntnis genommen. Im März 2022 hat der Stadtrat beschlossen, die weiteren Planungsentscheide unter diesen Gesichtspunkten zu fällen. Warum hat der Stadtrat ein Jahr dafür gebraucht? Dies gilt es zu klären.

Karin Burkart, Einwohnerrätin

Ich möchte klarstellen, dass der Rückweisungsantrag nicht von einem Gebäude spricht. Es geht um ein Gesamtkonzept und darum, nur einmal zu bauen. Es ist frech zu behaupten, wir seien Dilettanten. Wir führen eine Diskussion miteinander, ob nach Entscheiden in der Kommission nochmals darüber nachgedacht werden darf, ob dies die richtige Variante war. Wir haben über die vorliegenden Anträge in der Kommission gesprochen. Diese waren für mich quasi sakrosankt. Dass dies nicht immer so sein muss, habe ich dazu gelernt. Zudem bin ich neu in der Kommission und der Meinung, Fragen nochmals stellen zu dürfen. Wir haben in der Kommission nicht über die Standortfrage und das Konzept gesprochen. Zu guter Letzt möchte ich sagen, dass uns die Kosten für ein solches Schulhaus durchaus bewusst sind.

André Kirchhofer, Einwohnerrat

Es liegt mir fern, eine Kollegenschelte zu machen. Auf der anderen Seite lege ich Wert auf die politischen Gepflogenheiten und die formellen Abläufe im Rat. Dazu gehört auch die Kommissionsarbeit. Wir haben einen einstimmigen Entscheid der vorberatenden Kommission, der vor wenigen Wochen



gefällt wurde. Es mutet tatsächlich dilettantisch an, ich brauche das Wort aber bewusst nicht, sondern spreche von uninformiert. Es ist Pflicht der Kommissionsmitglieder, nicht nur in die Kommission gewählt zu werden, sondern auch die Kommissionsarbeit zu machen. Wenn im Anschluss an einen einstimmigen Entscheid noch derartige grundlegende Fragen auftauchen, dann hat die Kommission keine gute Arbeit gemacht. Wenn wir weiterhin Kommissionsarbeit so machen, kommen wir nicht so weit im Einwohnerrat. Es stehen alle Ratsmitglieder in der Pflicht. Wir wissen, wer in den Kommissionen ist und wir wissen, wie wichtig ein solches Geschäft ist. Fragen aus der Fraktion müssen im Vorfeld in die Kommission getragen werden. Das Argument zählt nicht, dass es neue Ratsmitglieder gibt. Die Bisherigen sind in der Pflicht. Wenn nun Behauptungen kommen, die nicht mehr verifiziert werden können, dann mutet das an wie Kraut und Rüben. Am 18. Mai 2021 haben wir eine Videokonferenz mit einer Präsentation gehabt, die immer wieder abgestürzt ist. Auf Seite 7 ist explizit vom Rückbau der Bez die Rede. Die Variante war bekannt. Man hätte darüber diskutieren können. Wenn Michael Wacker sagt, dass 2019 offene Fragen moniert wurden, mag das stimmen. Aber: Wer war 2019 der zuständige Ressortvorsteher? Warum hat die SP den eigenen Stadtrat nicht aufgefordert, die Fragen zu klären? Die Kommission war lange an der Arbeit. Ich bin überzeugt, dass die Vorlage so richtig ist. Mit einer Rückweisung könnten nur noch Details moniert werden, nicht aber eine grundlegende Änderung der Marschrichtung.

Hansruedi Hauri, Einwohnerrat

Wir haben gute, neue Argumente gehört, welche auch für die Vorlage sprechen. Die Fraktion beantragt einen Sitzungsunterbruch. Wir stellen die Frage an SR Andreas Rügger, ob die Bez unter dem Aspekt des Denkmalschutzes überhaupt abgerissen werden darf?

Viviane Hösli, Einwohnerrätin

Ich muss auch hier eine unheilige Allianz bekanntgeben und der FDP Recht geben. Viele dieser Fragen hätten in der Kommission gestellt und beantwortet werden müssen. Das muss künftig anders laufen. Ich muss aber auch denjenigen ein Kränzchen winden, die heute gesagt haben, dass sie nicht alles bedacht haben. Ich unterstütze deshalb den Ordnungsantrag auf geheime Abstimmung. Künftig müssen sich alle Parteien am Riemen reissen und die Arbeit besser machen.

Marco Negri, Einwohnerrat

Wir haben viel von unheiligen Allianzen gehört. Die Diskussion zum Standort ist aufgekommen, da letzte Woche gewisse Exponenten aus Politik und Verwaltung sich mit negativen Punkten zum bisherigen und mit vielen positiven Punkten zum neuen Standort geäußert haben. Das hat zu Fragen veranlasst, die sich vorher so nicht gestellt haben. Bitte den Sitzungsunterbruch zu unterstützen.

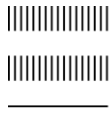
Christian Nöthiger, Einwohnerratspräsident

Eigentlich müsste zuerst der Antrag auf Abstimmung unter Namensaufruf behandelt werden bzw. er müsste dem Antrag auf geheime Abstimmung gegenübergestellt werden, um anschliessend dann über den Antrag auf Sitzungsunterbruch abstimmen zu können. Da sich die Diskussion aber ohnehin schon sehr lange hingezogen hat, ordne ich als Ratspräsident der Einfachheit halber lieber gleich selbst eine Sitzungspause an.

PAUSE

Christian Nöthiger, Einwohnerratspräsident

Die Diskussion um Rückweisung geht direkt weiter, da die SVP den Antrag auf Sitzungsunterbruch während der Pause zurückgezogen hat.



Hansrudolf Hauri, Einwohnerrat

Die SVP-Fraktion hätte gerne noch den Stadtrat gehört und ist anschliessend bereit für die Abstimmung.

Andreas Rüegger, Stadtrat

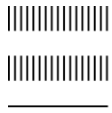
Die Diskussion ist für den Stadtrat wertvoll mit Blick auf die weitere Projektbearbeitung. Partizipation wird im Rahmen der weiteren Planung und der Baukommission vorgesehen. Die jeweiligen Fachlehrpersonen werden zu den effektiven Bedürfnissen angehört, wenn es um die detaillierte Ausgestaltung geht. Die Überprüfung des Standorts hat mehrfach stattgefunden. Der Stadtrat ist insofern voreingenommen, dass er sich für die vorgelegte Lösung entschieden hat. Der Stadtrat muss Ihnen den Vorschlag machen, wo gebaut werden soll. Er wird kaum zu einem anderen Schluss kommen, wenn eine Rückweisung erfolgt. Der Stadtrat hat sich für eine offene und transparente Kommunikation bezüglich der Bez entschieden. Das Gebäude steht zur Disposition. Sie soll abgerissen werden, auch wenn es sich um ein schönes Gebäude von einem berühmten Architekten handelt. Der Stadtrat vertritt die Haltung, dass das Gebäude zwar schutzwürdig ist, mit Blick auf die künftige Nutzung aber nicht mehr schutzfähig ist. Das Gebäude entspricht bereits heute nicht mehr dem ursprünglichen Bauzustand. Für eine künftige Schulnutzung ist es nicht mehr tauglich. Ob es effektiv zum Abbruch kommt, ist offen und muss in der weiteren Planung genau geklärt werden. Es gibt eine Option mit einer Erweiterung des neuen OSZ. Falls die Bez nicht abgerissen werden dürfte (Denkmalschutz), hätten wir eine veränderte Ausgangssituation, welche wir dann wieder angehen müssten. Der Stadtrat hat aber klar aufgezeigt, in welche Richtung er gehen will. Dies auch mit Blick auf die Volksabstimmung. Die Planung funktioniert als Ensemble – das war eine Wettbewerbsvorgabe. Sie funktioniert aber auch ohne Bez. Auch das war eine Vorgabe. Das geplante Gebäude funktioniert ohne Bez. Es wurde gesagt, dass die Nähe zur Kanti im BZZ ideal wäre. Ja, das mag sein. Wir wollen am Rebberg aber ein gesamtes Oberstufenzentrum schaffen. Wir hoffen es zwar nicht, aber wir könnten die Kanti auch einmal verlieren. Dann fällt der Vorteil BZZ dahin. Die Wege zum OSZ oder ins BZZ haben jeweils Vor- und Nachteile für die Schüler aus Brittnau/Strengelbach resp. aus dem Mühlethal. Sportanlagen hat es auch am Standort Rebberg. Ja, am Standort BZZ gibt es bereits eine Mensa. Wir haben aber aufgezeigt, dass mit der zweiten Etappe auch am Rebberg Verpflegungsmöglichkeiten geschaffen werden können. Im BZZ handelt es sich um eine Landwirtschaftszone. Durch diese Zone hindurch müsste erschlossen werden. Schauen Sie den Zonenplan an. Momentan können wir gar nicht zu dem Land zufahren, ausser wir zonen um. Dies würde einen grossen Zeitverlust bedeuten. Im BZZ müssten wir vermutlich nochmals eine Doppelturnhalle bauen. Im Bereich GMS würden wir damit aber das Turnhallenproblem nicht lösen. Wir müssten also trotzdem auch im Bereich GMS noch Turnhallen schaffen. Das Argument der Parkplätze ist ein Nebenargument. Das ist definitiv kein Argument für oder gegen einen der beiden Standorte.

Yolanda Senn Ammann, Einwohnerrätin

Wenn wir Wert auf genaue Formulieren legen, dann erwarte ich auch genaue Fakten vom Stadtrat. Man kann nicht sagen, "man weiss nicht, ob es die Kanti noch geben wird". Das ist kein Argument, der Rückweisung nicht zuzustimmen. Die Mittellandarena war auch auf dem Gelände angrenzend an das BZZ vorgesehen. Wenn das mein Geschäft wäre, hätte ich auch schon lange mit der Denkmalpflege gesprochen.

Hansrudolf Hauri, Einwohnerrat

Wir haben in der Pause intensiv diskutiert. Die Fraktion hat Stimmfreigabe für den Rückweisungsantrag beschlossen. Persönlich habe ich ein schlechtes Gefühl mit Blick auf die Volksabstimmung.



Christian Nöthiger, Einwohnerratspräsident

Wir haben zwei Ordnungsanträge gleicher Ordnung. Wir stimmen zunächst darüber ab, ob die beiden Ordnungsanträge je $\frac{1}{4}$ Zustimmung aus dem Rat erhalten. Anschliessend stellen wir diese einander gegenüber. Das Quorum beträgt bei 37 anwesenden Personen aufgerundet 10 Personen.

Abstimmungen

- *Antrag auf geheime Abstimmung*

10 Personen stimmen zu

- *Antrag auf Abstimmung unter Namensaufruf für alle Abstimmungen für dieses Geschäft*

11 Personen stimmen zu

- *Antrag auf geheime Abstimmung gegenüber Abstimmung unter Namensaufruf*

11 Personen für geheim, 18 Personen für Namensaufruf

Beide Anträge haben mehr als $\frac{1}{4}$ Zustimmung erhalten. Der Antrag auf Abstimmung unter Namensaufruf hat mehr Stimmen erhalten, er obsiegt.

- *Antrag auf Rückweisung (Abstimmung unter Namensaufruf)*

11 Ja zu 25 Nein

Name	Vorname	Partei	Ja	Nein	Enthaltung
Borer	Adrian	glp		x	
Burkard	Karin	Grüne	x		
Freiermuth	Maja	FDP		x	
Friderich	Corina	Grüne	x		
Fumagalli	Carla	glp		x	
Gfeller	Markus	SVP		x	
Guyer	Gian	Grüne	x		
Gygax	Attila	glp		x	
Gygax	Daniel	FDP		x	
Hagmann	Stéphanie	Die Mitte		x	
Hauri	Hansrudolf	SVP	x		
Hösli	Viviane	SP		x	
Hoffmann	Lena	Grüne	x		

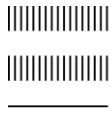


Name	Vorname	Partei	Ja	Nein	Enthaltung
Hostettler	Matthias	Grüne	x		
Hottiger	Tobias	FDP		x	
Keller	Thomas	FDP		x	
Kirchhofer	André	FDP		x	
Koechlin	Ronni	Zofige macht's		x	
Kremer	Franziska	SP		x	
Lerch	Raphael	SVP	x		
Müller	Maik	Zofige macht's		x	
Nauer	Nadine	Die Mitte		x	
Negri	Marco	SVP		x	
Plüss-Bernhard	Andrea	EVP		x	
Schindler	René	SVP	x		
Schürch-Meder	Claudia	EVP		x	
Senn Ammann	Yolanda	Farbtupfer	x		
Sjöberg	Anders	glp		x	
Sommer	Alice	Grüne	x		
Sommer	Hans Rudolf	SP		x	
Stenz	Pascal	FDP		x	
Studer	Yves	SVP		x	
Wacker	Michael	SP	x		
Willisegger	Barbara	SVP		x	
Zinniker	Béatrice	FDP		x	
Zobrist	Luc	FDP		x	

Detailberatung

Michael Wacker, Einwohnerrat

Ich habe zu den drei Anträgen Fragen. Antrag 1: Gehe ich richtig in der Annahme, dass der Antrag 1 nachschüssig ist? Das Geld haben wir bereits ausgegeben. Was ist die Konsequenz, wenn wir heute ablehnen? Antrag 2: Der Einwohnerrat hat bereits im November 2019 die Aufstockung beschlossen.



Was ist, wenn wir heute ablehnen? Antrag 3: Der Antrag 3 ist kein eigentlicher Antrag. Was passiert, wenn der Antrag abgelehnt wird.

Andreas Rüegger, Stadtrat

Zu Antrag 1: Das Geld ist noch nicht ausgegeben. Die Spezialplaner müssen noch beauftragt werden. Es handelt sich um die noch anfallenden Planungskosten. Zu Antrag 2: Es geht hier um die Zusatzkosten für die Planung und Realisierung für die bereits einmal beschlossene Aufstockung. Zu Antrag 3: Man kann diskutieren, ob eine Kenntnisnahme sinnvoll ist. Inhaltlich ändert sich nichts, es ist aber eine Meinungsäusserung, die der Stadtrat im weiteren Verlauf entsprechend interpretieren muss.

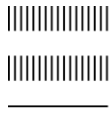
Das Wort wird nicht weiter verlangt.

Abstimmungen (unter Namensaufruf)

1. Zum Verpflichtungskredit vom 25. November 2019 von CHF 1,94 Mio. (inkl. Schulraum Oberstufen Brittnau/Strengelbach) für die Projektierung des Oberstufenzentrums (OSZ) Rebberg sei ein Zusatzkredit von CHF 470'000, inkl. 7,7 % MWST, zu bewilligen.

Dem 1. Antrag des Stadtrats wird mit 30:6 (ja/nein) Stimmen zugestimmt.

Name	Vorname	Partei	Ja	Nein	Enthaltung
Borer	Adrian	glp	x		
Burkard	Karin	Grüne	x		
Freiermuth	Maja	FDP	x		
Friderich	Corina	Grüne		x	
Fumagalli	Carla	glp	x		
Gfeller	Markus	SVP	x		
Guyer	Gian	Grüne	x		
Gygax	Attila	glp	x		
Gygax	Daniel	FDP	x		
Hagmann	Stéphanie	Die Mitte	x		
Hauri	Hansrudolf	SVP	x		
Hösli	Viviane	SP	x		
Hoffmann	Lena	Grüne		x	
Hostettler	Matthias	Grüne		x	
Hottiger	Tobias	FDP	x		

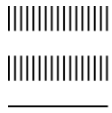


Name	Vorname	Partei	Ja	Nein	Enthaltung
Keller	Thomas	FDP	x		
Kirchhofer	André	FDP	x		
Koechlin	Ronni	Zofige macht's	x		
Kremer	Franziska	SP		x	
Lerch	Raphael	SVP	x		
Müller	Maik	Zofige macht's	x		
Nauer	Nadine	Die Mitte	x		
Negri	Marco	SVP	x		
Plüss-Bernhard	Andrea	EVP	x		
Schindler	René	SVP	x		
Schürch-Meder	Claudia	EVP	x		
Senn Ammann	Yolanda	Farbtupfer		x	
Sjöberg	Anders	glp	x		
Sommer	Alice	Grüne		x	
Sommer	Hans Rudolf	SP	x		
Stenz	Pascal	FDP	x		
Studer	Yves	SVP	x		
Wacker	Michael	SP	x		
Willisegger	Barbara	SVP	x		
Zinniker	Béatrice	FDP	x		
Zobrist	Luc	FDP	x		

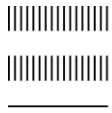
2. Das Projekt sei mit gleichzeitiger Aufstockung zu planen. Dafür ist ein weiterer Zusatzkredit von CHF 360'000, inkl. 7,7 % MWST, zu bewilligen.

Dem 2. Antrag des Stadtrats wird mit 31:5 (ja/nein) Stimmen zugestimmt.

Name	Vorname	Partei	Ja	Nein	Enthaltung
Borer	Adrian	glp	x		
Burkard	Karin	Grüne	x		



Name	Vorname	Partei	Ja	Nein	Enthaltung
Freiermuth	Maja	FDP	x		
Friderich	Corina	Grüne		x	
Fumagalli	Carla	glp	x		
Gfeller	Markus	SVP	x		
Guyer	Gian	Grüne	x		
Gygax	Attila	glp	x		
Gygax	Daniel	FDP	x		
Hagmann	Stéphanie	Die Mitte	x		
Hauri	Hansrudolf	SVP	x		
Hösli	Viviane	SP	x		
Hoffmann	Lena	Grüne		x	
Hostettler	Matthias	Grüne		x	
Hottiger	Tobias	FDP	x		
Keller	Thomas	FDP	x		
Kirchhofer	André	FDP	x		
Koechlin	Ronni	Zofige macht's	x		
Kremer	Franziska	SP	x		
Lerch	Raphael	SVP	x		
Müller	Maik	Zofige macht's	x		
Nauer	Nadine	Die Mitte	x		
Negri	Marco	SVP	x		
Plüss-Bernhard	Andrea	EVP	x		
Schindler	René	SVP	x		
Schürch-Meder	Claudia	EVP	x		
Senn Ammann	Yolanda	Farbtupfer		x	
Sjöberg	Anders	glp	x		
Sommer	Alice	Grüne		x	

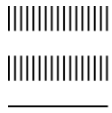


Name	Vorname	Partei	Ja	Nein	Enthaltung
Sommer	Hans Rudolf	SP	x		
Stenz	Pascal	FDP	x		
Studer	Yves	SVP	x		
Wacker	Michael	SP	x		
Willisegger	Barbara	SVP	x		
Zinniker	Béatrice	FDP	x		
Zobrist	Luc	FDP	x		

3. Der Einwohnerrat nimmt zur Kenntnis, dass mit der Realisierung des Oberstufenzentrums (OSZ) Rebberg ein Rückbau und Ersatzneubau der bestehenden Bezirksschulgebäude vorgesehen ist.

Dem 3. Antrag des Stadtrats wird mit 26:8 (ja/nein) Stimmen bei 2 Enthaltungen zugestimmt.

Name	Vorname	Partei	Ja	Nein	Enthaltung
Borer	Adrian	glp	x		
Burkard	Karin	Grüne			x
Freiermuth	Maja	FDP	x		
Friderich	Corina	Grüne		x	
Fumagalli	Carla	glp	x		
Gfeller	Markus	SVP	x		
Guyer	Gian	Grüne	x		
Gygax	Attila	glp	x		
Gygax	Daniel	FDP	x		
Hagmann	Stéphanie	Die Mitte	x		
Hauri	Hansrudolf	SVP	x		
Hösli	Viviane	SP	x		
Hoffmann	Lena	Grüne		x	
Hostettler	Matthias	Grüne			x
Hottiger	Tobias	FDP	x		
Keller	Thomas	FDP		x	



Name	Vorname	Partei	Ja	Nein	Enthaltung
Kirchhofer	André	FDP	x		
Koechlin	Ronni	Zofige macht's	x		
Kremer	Franziska	SP		x	
Lerch	Raphael	SVP		x	
Müller	Maik	Zofige macht's	x		
Nauer	Nadine	Die Mitte	x		
Negri	Marco	SVP	x		
Plüss-Bernhard	Andrea	EVP	x		
Schindler	René	SVP	x		
Schürch-Meder	Claudia	EVP	x		
Senn Ammann	Yolanda	Farbtupfer		x	
Sjöberg	Anders	glp	x		
Sommer	Alice	Grüne		x	
Sommer	Hans Rudolf	SP		x	
Stenz	Pascal	FDP	x		
Studer	Yves	SVP	x		
Wacker	Michael	SP	x		
Willisegger	Barbara	SVP	x		
Zinniker	Béatrice	FDP	x		
Zobrist	Luc	FDP	x		

ER.2022.020

Schulinformatik – Ergänzung bestehende Infrastruktur durch personalisierte Tablets

Eintreten ist nicht bestritten.

Maja Freiermuth, Referentin FGPK

Neben Schulraum braucht es im Lehrplan 21 auch die technologische Grundausstattung. Das ist der Auslöser für die Beschaffung dieser Tablets. In der FGPK hat vor allem der Support für die Lehrpersonen und die Schülerinnen und Schüler zu Diskussionen geführt. Die Schulleitung hat aufgezeigt, dass genügend personelle Ressourcen dafür verfügbar sind. Die Neuressourcierung hat dafür einen

Stundenpool vorgesehen. Im Finanz- und Investitionsplan sind die benötigten Gelder eingestellt. Die FGPK unterstützt die Vorlage einstimmig. Auch die FDP-Fraktion stimmt der Vorlage einstimmig zu.

Michael Wacker, Fraktionsvotum (SP)

Dieses Geschäft war in der SP völlig unbestritten. Die Fraktion dankt für die gute Vorlage. Es gibt ein kleines Aber: Wir müssen nicht erstaunt sein, wenn in ein paar Jahren die Schulinformatik wieder mit einem Kreditantrag kommt (technologische Veränderungen).

Nadine Nauer, Fraktionsvotum (EVP-Die Mitte)

Die Fraktion ist mit dem Projekt zufrieden. Das Bedürfnis ist ausgewiesen. Die Laufzeit von drei Jahren wird aber als zu konservativ eingestuft. Die Vorlage wird einstimmig angenommen.

Anders Sjöberg, Fraktionsvotum (glp)

Die Fraktion dankt für die gute Vorlage. Der Schule ist es gelungen, für das neue Schulfach Medien und Informatik ein durchdachtes und strukturiertes Konzept vorzustellen. Die Stärke des Konzepts liegt in der Organisation des technischen Supports und der pädagogischen Beratung. Die Fraktion ist überzeugt, dass die Tablets die künftigen Bedürfnisse abdecken werden. Die Eltern kommen aber zu kurz. Sie müssen aktiv involviert werden. Die Schule muss zudem bereit sein, je nach Feedback, das Konzept anzupassen. Zur Medienmitteilung über die IT-Strategie der Stadt: Was bedeutet die Aussage zur Vereinbarkeit mit der künftigen IT-Strategie?

Marco Negri, Fraktionsvotum (SVP)

Die Fraktion unterstützt den Antrag.

Corina Friderich, Fraktionsvotum (Grüne)

Die Fraktion unterstützt den Antrag ebenfalls einstimmig. Die Chancengleichheit wird gefördert. Die kurze Lebensdauer führte aber zu Diskussionen. Die Fraktion hofft, dass die Tablets an anderen Stufen weiter eingesetzt werden oder den Schülern günstig abgegeben werden können.

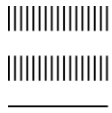
Lukas Fankhauser, Stadtrat

Dankt für die wohlwollende Aufnahme des Geschäfts. Die Antwort auf die Frage von Anders Sjöberg ist, dass die Tablet-Beschaffung keinen präjudiziellen Charakter auf die IT-Strategie hat. Die Lebensdauer von drei Jahren ist tatsächlich konservativ gerechnet, ebenso die vier Jahre für die 5. und 6. Klasse. Wir sind uns bewusst, dass auf die Kosten geachtet werden muss. Jedes Gerät wird jeweils angeschaut, ob es für einen weiteren Zyklus verwendet werden kann. Wir haben heute schon Geräte, welche schon 10 Jahre laufen. Wir sind uns bewusst, dass wir diese Frage jeweils genau anschauen müssen. Auch die Möglichkeit, ein Gerät günstig durch die Schüler erwerben zu können, wird angedacht. Den Input des Einbezugs der Eltern wird aufgenommen. Die Eltern haben übrigens die Möglichkeit, via eine App zu steuern, wann die Kinder die Geräte gebrauchen können. Von der Schule her ist über Nacht der Internet-Zugang gesperrt. Die Eltern können noch restriktiver sein.

Detailberatung

Pascal Stenz, Einwohnerrat

Zu V Kosten: Ich bezweifle, dass die Lebensdauer bei personalisierten Geräten drei Jahren sein wird. Wurden andere Modelle, wie z. B. Leasing geprüft?



Lukas Fankhauser, Stadtrat

Andere Kostenmodelle wurden nicht geprüft. Wir haben aber so günstige Konditionen für den Kauf, dass ein Leasingmodell kaum günstiger wäre. Ob die Lebensdauer realistisch ist, wird man sehen. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass die vorgesehene Lebensdauer problemlos erreicht werden kann.

Das Wort wird nicht weiter verlangt.

Abstimmung

Für die Beschaffung von zusätzlichen Tablets für die Volksschule sei ein Verpflichtungskredit in der Höhe von CHF 630'000 zu bewilligen.

Dem Antrag des Stadtrats wird einstimmig (36 Stimmen) angenommen.

Traktandum 3 – Gemeindeverträge

ER.2022.022

Gemeindeverträge und Reglement Regionale Musikschule

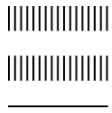
Eintreten ist nicht bestritten.

Claudia Schürch, Referentin FGPK

Das Geschäft hat in der FGPK nicht zu vielen Diskussionen geführt. Die Vorteile einer Zentralisierung sind für alle involvierten Parteien ersichtlich. Über die Zusammenführung der Pensen wurde diskutiert. Alle bestehenden Verträge sollen erst mal übernommen werden. Die Vorteile Zofingens liegen in den Kosteneinsparungen. Zofingen kann zudem die Rolle als Zentrumsgemeinde stärken. Die Schülerinnen und Schüler profitieren von einem verbesserten Angebot. Die FGPK und die Fraktion EVP-Die Mitte stimmen dem Geschäft einstimmig zu.

Beatrice Zinniker, Fraktionsvotum (FDP)

Die Fraktion steht dem Geschäft grundsätzlich positiv gegenüber. Die Vorlage gab dennoch einiges zu diskutieren. Die Gemeindeverträge sind sehr knapp gefasst. Daneben regelt das Reglement die Organisation und die Führung sowie die Zusammenarbeit. Das Reglement ist leider nicht Bestandteil der Gemeindeverträge, was nicht nachvollziehbar ist. Falls der Kostendeckungsgrad unterschritten würde, fehlt im Vertrag eine Regelung, wie diese Mehrkosten den Vertragsgemeinden weiterverrechnet werden können. Die Verantwortlichen haben zugesichert, dass allfällige Mehrkosten auch an die Vertragsgemeinden weiterverrechnet werden können. Das Budget liegt am untersten Ende der Bandbreite. Eine Überschreitung ist absehbar. Es müsste entsprechend reagiert werden. Die Rabattierungen hätten in die Kostendeckung eingerechnet werden sollen (bessere Transparenz der Restkosten für Zofingen). Die Berechnung der Nettokosten für Zofingen ist nicht richtig (Seite 3). Effektiv sind die Kosten höher. Die Rückerstattungen dürfen nicht zu 100 % eingesetzt werden, sondern nur zu dem Teil, den die Vertragsgemeinden beisteuern. Insgesamt hätte sich die Fraktion eine sorgfältigere Vorlage gewünscht. Die Fraktion wird mehrheitlich zustimmen, die Entwicklung aber im Auge behalten.



Carla Fumagalli, Fraktionsvotum (glp)

Die Fraktion schliesst sich dem Votum der FDP an. Es wäre begrüsst worden, wenn die Rabattierung im Kostendeckungsgrad berücksichtigt worden wäre. Für Zofingen ist neben einem gewissen finanziellen Mehrwert vor allem auch eine Stärkung der Zentrumsfunktion wichtig. Langfristig darf sich die Musikschule nicht erhöhend auf den Stellenpool auswirken.

Gian Guyer, Fraktionsvotum (Grüne)

Die Fraktion stimmt dem Vertrag zu. Bei Gemeindeverträgen sei an dieser Stelle auch an das Thema von Fusionen wieder einmal erinnert.

Hans Rudolf Sommer, Fraktionsvotum (SP)

Die Fraktion stimmt dem Geschäft zu. Der Schulstandort Zofingen wird gestärkt. Den Lehrpersonen werden grössere Pensen ermöglicht, was auch für den Arbeitgeber positiv ist.

Hansrudolf Hauri, Fraktionsvotum (SVP)

Auch die SVP hat das Geschäft kritisch geprüft. Vor allem die Vertragsgemeinden sind die grossen Profiteure. Da es für Zofingen insgesamt aber kostenneutral sein sollte, kann auch die SVP dem Geschäft zustimmen.

Lukas Fankhauser, Stadtrat

Dankt für die ebenfalls wohlwollende Aufnahme des Geschäfts. Nicht nur die Vertragsgemeinden profitieren. Die Standortgemeinde profitiert ebenfalls. Wir werden gestärkt und können uns insofern profilieren, dass wir in der Lage sind, andere Gemeinden zu unterstützen. Vielleicht führt das früher oder später auch dazu, dass man einer Fusion positiv gegenübersteht. Die Wünsche nach Einrechnung einer Rabattierung in die Kostendeckung sind verständlich. Die Gemeinden haben aber teilweise andere Beträge bezüglich Rabattierung. Dies würde den Kostendeckungsgrad verfälschen. Deshalb wurden die Rabatte ausgeklammert. Sie werden den Gemeinden separat in Rechnung gestellt, zusätzlich zu den regulären Gemeindebeiträgen. So kann verhindert werden, dass die Rabatte anderer Gemeinden mitsubventioniert werden. Ausserdem bekommen nicht alle Eltern Rabatt. Wenn die Rabatte in die Kostendeckung einberechnet würden, müssten nicht rabattierte Eltern die Rabatte für andere mitfinanzieren.

Detailberatung

Tobias Hottiger, Einwohnerrat

Falls der Deckungsgrad unter 47 % fällt: Wie sind wir abgesichert, wenn Mehrkosten entstehen?

Lukas Fankhauser, Stadtrat

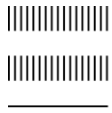
Die Regelung ist in § 4 Abs. 3 enthalten. Den Vertragsgemeinden wurden alle Unterlagen zur Verfügung gestellt. Es haben alle vorbehaltlos zugestimmt.

Beatrice Zinniker, Einwohnerrätin

In den Verträgen wurden aber auch Bandbreiten festgelegt. Es ist schade, dass Vertrag und Reglement getrennt sind.

Lukas Fankhauser, Stadtrat

Wenn wir das Reglement in den Vertrag integriert hätten, müssten wir bei jeder Reglementsänderung alle Vertragsgemeinden einbinden. Die Vertragsgemeinden vertrauen der Stadt Zofingen dies-



bezüglich und haben auch ein Antragsrecht. Wenn sie Anliegen haben, können sie dies beim Stadtrat einbringen, der gegebenenfalls entsprechende Anpassungen vornehmen und dem Einwohnerrat vorlegen würde.

Das Wort wird nicht weiter verlangt.

Abstimmungen

1. *Das Reglement über die Regionale Musikschule Zofingen sei zu genehmigen und per 1. Januar 2023 in Kraft zu setzen.*

Dem 1. Antrag des Stadtrats wird mit 34:2 (ja/nein) Stimmen zugestimmt.

2. *Den Gemeindeverträgen über die Führung einer Regionalen Musikschule in Zofingen mit den Gemeinden Bottenwil, Brittnau, Strengelbach und Uerkheim sei zuzustimmen.*

Dem 2. Antrag des Stadtrats wird mit 34:2 (ja/nein) Stimmen zugestimmt.

3. *Das Pensum für das Sekretariat der Regionalen Musikschule sei um 50 % auf 70 % und dasjenige der Musikschulleitung um 20 % auf 90 % zu erhöhen.*

Dem 3. Antrag des Stadtrats wird mit 34:2 (ja/nein) Stimmen zugestimmt.

Traktandum 4 – Reglemente

ER.2022.023

Taxiwesen – Überarbeitung bestehendes Taxireglement der Stadt Zofingen

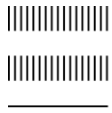
Eintreten ist nicht bestritten.

Anders Sjöberg, Referent FGPK

Das bestehende Taxireglement weist Lücken auf. Nicht alle Städte kennen ein Taxireglement. Es liegt nach Ansicht der FGPK aber im Interesse von Zofingen, die Qualität der Taxidienstleistungen zu gewährleisten. Daher ist die Notwendigkeit für ein Reglement und dessen Überarbeitung unbestritten. In der Detailberatung ist die FGPK auf folgende Paragraphen eingegangen: § 20 soll angepasst werden, so dass nur eine Fachwerkstatt ausschliesslich die Zofinger Taxitarife in der Taxiuhr programmieren darf. § 22 soll angepasst werden, so dass die Taxilampe fix montiert werden muss. Das Kriterium der Umweltfreundlichkeit wurde diskutiert. Das Kriterium sollte in der Verordnung geschärft werden. Zudem hätte sich die FGPK gewünscht, dass für Elektrofahrzeuge Anreize (Ladestationen) geschaffen werden. Der § 30 soll entsprechend ergänzt werden. Die FGPK hat mit sechs Stimmen der Vorlage zugestimmt (8 Anwesende, 1 Enthaltung, 1 Ausstand).

Alice Sommer, Fraktionsvotum (Grüne)

Die Grünen danken für die Überarbeitung des Reglements. Die Fraktion wird dem Reglement zustimmen. Die Fraktion erwartet aber, dass der Stadtrat das Kriterium Umweltfreundlichkeit in der Verordnung konkretisiert. Zudem stellt die Fraktion fest, dass taxiähnliche Angebote nicht im Reglement enthalten sind.



Maik Müller, Fraktionsvotum (FDP/ZM)

Die Lücken des bisherigen Reglements konnten mit der Überarbeitung geschlossen werden. Das Reglement ist aus liberaler Sicht zu umfangreich, auf diesem Gebiet aber legitim. Die Interessen von Taxibetreibenden und Kunden sind enthalten. Unerfreulich ist, dass die Unternehmungen in diesem Prozess nicht eingebunden waren. Die Fraktion hat die Unternehmer angehört. Dem Reglement stimmt die Fraktion grossmehrheitlich zu. André Kirchhofer wird die erwähnten Anträge in der Detailberatung stellen.

Franziska Kremer, Fraktionsvotum (SP)

Die SP begrüsst die Reglementsüberarbeitung. Auch die SP hat die Taxiunternehmer angehört. Sie kann gestützt darauf mit gutem Gewissen dem Geschäft zustimmen. Sie wird einen Antrag in der Detailberatung zu § 30 bezüglich Incentivierung von umweltfreundlichen Fahrzeugen stellen.

Raphael Lerch, Fraktionsvotum (SVP)

Das Geschäft hat in der Fraktion nicht zu grossen Diskussionen geführt. Die programmierten Tarife 1 und 2 müssen nicht nur programmiert, sondern auch regelmässig kontrolliert werden. Pauschalpreise sind nicht möglich, wenn Tarife vorgegeben werden. Die Taxilampen müssen zwingend fix montiert werden. Es ist zudem zu überlegen, ob nicht auch von aussen ersichtlich sein soll, welcher Tarif gerade verrechnet wird. Ob der Hinweis "Service inbegriffen" noch zeitgemäss ist, sei dahingestellt. Die Tarife gelten für 4 bis 6 Personen. Das Taxireglement lässt Fahrzeuge aber mit bis zu 16 Personen zu. Im Reglement fehlt ein Schlüssel, der eine anzahlmässige Verrechnung berücksichtigt.

Adrian Borer, Fraktionsvotum (glp)

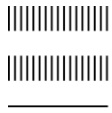
Die glp stimmt dem Reglement zu. Eine Aktualisierung ist an der Zeit. Es wurde ein Reglement vorgelegt, das der guten Praxis entspricht. Ein guter Service lässt sich zwar nicht befehlen, aber die Kriterien können eingefordert werden (z. B. Ortskenntnisse). Ich weiss aus Erfahrung, dass dies vor 10 Jahren nicht der Fall war in Zofingen. Der Antrag zu § 20 wird von der Fraktion unterstützt. Die Taxihuren sollen professionell unterhalten werden. Bei § 22 bezüglich Taxilampen findet die Fraktion, dass das vor allem bei kleinen Betrieben zu detailliert wäre. Wir vergeben Standplätze, von da her kann ein Taxifahrzeug auch anders eingesetzt werden. Der Antrag der SP zur Umweltfreundlichkeit wird unterstützt.

Andrea Plüss, Fraktionsvotum (EVP-Die Mitte)

Die Fraktion begrüsst das neue Reglement. Positiv sind die drei Bewilligungsstufen, um auf regionale Anlässe reagieren zu können. Die Flughöhe zu den Mindestanforderungen ist eingehalten. Gut ist, dass im Taxi nicht mehr geraucht werden darf.

Christiane Guyer, Stadtammann

Dankt für die Unterstützung des Geschäfts. Das bisherige Reglement war alt. Im Hinblick auf die Neuvergabe sollte ein gutes Rahmenreglement geschaffen werden. Die Details werden in der Verordnung geregelt, welche vom Stadtrat nochmals angeschaut wird. Das Taxiwesen ist eine der anspruchsvollsten Branchen. Die Taxibetreibenden wurden angehört. Es fand ein Austausch im Vorfeld statt. Dem Stadtrat ist wichtig, dass kein unkontrollierter Wildwuchs herrscht. Es geht um einen qualitativ guten Service. Den Änderungsanträgen zu den §§ 20 und 22 steht der Stadtrat offen gegenüber. Bei den Taxilampen sieht der Stadtrat die Einschränkung für kleinere Unternehmen auch. Er ist diesbezüglich aber letztlich offen. Bezüglich § 30 zur Schaffung von Anreizen für umweltfreundlichen Fahrzeugen ist festzuhalten, dass nicht einzelne Fahrzeuge bewilligt werden, sondern ein Standplatz vergeben wird. Mit dem Reglement soll der Rahmen abgesteckt werden, damit über die Verordnung flexibel auch auf ändernde Bedingungen reagiert werden kann.



Raphael Lerch, Einwohnerrat

Gemäss § 12 Abs. 4 entscheidet das Los bei Gleichstand. Gibt es keine anderen Möglichkeiten?

Christiane Guyer, Stadtkammann

Bei diesem Paragraphen musste klar festgehalten werden, was im Fall von gleicher Punktzahl passiert. Die Wahrscheinlichkeit, dass auf das Los zurückgegriffen werden muss, ist aber klein.

Detailberatung

Maya Freiermuth, Einwohnerrätin

Der Stadtrat war beim Gastgewerbe während Corona grosszügig bezüglich Konzessionen. Beim Taxigewerbe wurden die Gebühren bei jeder Vergabe um CHF 100 erhöht. Eine ebenfalls grosszügigere Behandlung wäre erwünscht. Die Gebühren sollten bei CHF 600 belassen werden.

Christiane Guyer, Stadtkammann

Der Stadtrat wird die Verordnung nochmals anschauen.

Michael Wacker, Einwohnerrat

Das Reglement spricht von "Gebiet der Stadt Zofingen". In der Verordnung heisst es, dass für Sonderfahrten eine Pauschale vereinbart werden kann. Es muss geklärt werden, wie das genau zu verstehen ist. In § 3 wird von 3.5 Tonnen Gesamtgewicht eines Motorfahrzeuges gesprochen. Das können bis zu 16 Sitzplätze in einem Fahrzeug sein. In der Verordnung soll präzisiert werden, für wie viele Sitzplätze der Tarif gilt. Es stellt sich die Frage, was unter "Service inbegriffen" zu verstehen ist. Bei den Tarifen ist nicht klar, ob diese als Minimum, Maximum oder fix zu verstehen sind.

Christiane Guyer, Stadtkammann

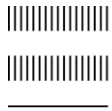
Es gibt jeweils am Heitern Sonderregelungen. Insofern gibt es auch innerhalb Zofingens Sonderregelungen. Bezüglich der 3.5 Tonnen und der Anzahl Sitzplätze wird die Regelung zum Tarif nochmals angeschaut. In der Taxilandschaft findet man aber kaum so grosse Fahrzeuge. "Service inbegriffen" betrifft die Thematik des Trinkgelds.

André Kirchhofer, Einwohnerrat

Stellt die Anträge, §§ 20 Abs. 2 und 22 anzupassen. Er legt zudem die Interessenbindung (ASTAG) offen und wird in der Abstimmung in den Ausstand treten. § 20 Abs. 2 soll so angepasst werden, dass die beiden Zofinger Tarife von autorisierten Werkstätten fix in der Taxiuhr programmiert werden müssen. In § 22 soll festgehalten werden, dass die Taxilampen fix installiert werden müssen. Damit soll verhindert werden, dass insbesondere bei Veranstaltungen fremde Fahrzeuge ad hoc Taxilampen montieren und die heimischen Unternehmen konkurrenzieren.

Hans Rudolf Sommer, Einwohnerrat

Stellt den Antrag, § 30 um einen dritten Absatz mit einer Kann-Vorschrift zu ergänzen, dass der Stadtrat umweltfreundliche Fahrzeuge mit einem Anreizsystem fördern kann.



Abstimmungen zu den Anträgen

- **Antrag 1**

§ 20 Abs. 2 (neu)

In der plombierten Taxiuhr dürfen ausschliesslich die Tarife gemäss § 8 angezeigt werden. Sie müssen von einer autorisierten Fachwerkstatt programmiert werden.

35 Ja zu 0 Nein

- **Antrag 2**

§22 (Änderung)

Jedes Taxifahrzeug ist mit einer Taxilampe zu versehen. Sie ist fix zu installieren und muss ausgeschaltet werden, wenn das Fahrzeug besetzt ist.

22 Ja zu 11 Nein

- **Antrag 3**

§ 30 Abs. 3 (neu)

Der Stadtrat kann über die Festsetzung der Gebühren Anreize für den Einsatz von umweltfreundlichen Taxifahrzeugen setzen.

26 Ja zu 7 Nein

Das Wort wird nicht weiter verlangt.

Schlussabstimmung

Das überarbeitete Taxireglement der Stadt Zofingen sei zu genehmigen und per 1. Januar 2023 in Kraft zu setzen.

Dem bereinigten Antrag des Stadtrats wird einstimmig zugestimmt.

Traktandum 5 – Parlamentarischer Vorstoss

ER.2021.196

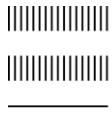
Motion von Franziska Kremer (SP) vom 21. Juni 2021 betreffend "Schaffung einer freiwilligen öffentlichen Tagesschule in Zofingen"; Haltung Stadtrat

Franziska Kremer, Einwohnerrätin (Motionärin)

Vor gut einem Jahr wurde die Idee einer Tagesschule wieder aufgenommen. Nach verschiedensten Gesprächen kam die Motion zu Stande. Es freut mich, dass das Anliegen auf positive Resonanz stösst. Der Stadtrat ist bereit, das Anliegen anzugehen. Die Motionärin ist mit der Umwandlung in ein Postulat einverstanden.

Tobias Hottiger, Einwohnerrat

Das Anliegen ist berechtigt. Mit einer Tagesschule kann die Vereinbarkeit von Beruf und Familie gestärkt werden. Man darf aber die Steuerzahlenden nicht vergessen. Die Finanzierung muss gut überlegt werden. Die Profitierenden sollen einen gewissen Anteil leisten müssen. Die entsprechenden



Modelle müssen geprüft werden. Die bestehenden Tagesstrukturen müssen miteinbezogen werden. Die Nachfrage muss zudem längerfristig bestehen. Auch eine regionale Abstimmung ist nötig. Es gibt viele offene Fragen, weshalb die Fraktion die Umwandlung in ein Postulat begrüsst und der Überweisung zustimmt.

Das Wort wird nicht weiter verlangt.

Abstimmung

Das Postulat sei an den Stadtrat zu überweisen.

Das Postulat wird mit 27:6 (ja/nein) Stimmen an den Stadtrat überwiesen.

Der Vorstoss ist auf www.zofingen.ch abrufbar.

Traktandum 6 – Umfrage

Alice Sommer, Einwohnerrätin

Man konnte lesen, dass gewisse Kreisel wieder zurückgebaut werden. Fliessen diese Erkenntnisse in die weitere Planung der Unteren Vorstadt mit ein?

Robert Weishaupt, Stadtrat

Ein Lichtsignal für die Untere Vorstadt wurde geprüft, aber verworfen.

Claudia Schürch, Einwohnerrätin

Bis wann können wir mit den Legislaturzielen rechnen?

Wieso bauen wir T30 Zonen mit Verengungen, während in anderen T30 Zonen Parkplätze als Verengungen wieder entfernt werden (Stöckliackerweg)?

Christiane Guyer, Stadtkammann

Der Stadtrat hat sich an mehreren Workshops, Stadtratssitzungen und am Klausurwochenende mit den Legislaturzielen befasst. Aktuell sind wir in der Ausformulierung. Die Ziele sollten bis Ende Sommerferien fertig sein.

Robert Weishaupt, Stadtrat

Der Auftrag wurde von der Repol an den Tiefbau erteilt.

Christiane Guyer, Stadtkammann

Es gab diverse Diskussionen um die Parkierung am Stöckliackerweg. Deshalb wurde von der Repol, gemeinsam mit dem Tiefbau, beschlossen, die markierten Parkplätze wieder zu entfernen.

Hans Rudolf Sommer, Einwohnerrat

Plant der Stadtrat beim neuen Standort des Schollbrunnens hinter dem Museum auch den holprigen Weg zu sanieren?

Im Ranking von Pro Velo Schweiz schneidet auch Zofingen ungenügend ab. Kann sich der Stadtrat vorstellen, dem guten Beispiel Burgdorf zu folgen und wenn ja, bis wann sieht der Stadtrat Zofingen in der Spitzengruppe?



Robert Weishaupt, Stadtrat

Der Weg wird nicht saniert. Es handelt sich um bewusst bruchrohe, wild verlegte Granitplatten. Die Kosten sollen tief gehalten werden.

Bezüglich Ranking Pro Velo sind wir daran, Massnahmen zu prüfen. Auf dem aktuellen Ranking-Platz lässt sich aufbauen.

Marco Negri, Einwohnerrat

Der Einwohnerrat hat für die Henzmannstrasse in der Vergangenheit ein T30 Regime abgelehnt. Der Stadtrat hatte nach der Ablehnung angekündigt, eine Kreditvorlage auf Basis T50 vorzulegen. Wieso hat der Stadtrat nun doch eine T30 Zone gemacht?

Robert Weishaupt, Stadtrat

Es gibt neben dem Einwohnerrat auch noch Bewohnende an der Henzmannstrasse. Die Strasse muss saniert werden. Die Sanierung muss nach den geltenden Normen erfolgen. Für T50 ist die Strasse gemäss geltenden Normen zu schmal. Es bräuchte einen Landerwerb. Die Anwohnenden haben aber festgehalten, dass sie für ein T50-Regime kein Land abtreten werden. Ein Enteignungstitel besteht nicht. Es blieb somit nichts Anderes übrig, als T30 zu machen.

Raphael Lerch, Einwohnerrat

Warum wurde die Sperrung der Strassen in der Altstadt für das Centrafest erst am Montag aufgehoben? Am Sonntag war Muttertag.

Christiane Guyer, Stadtammann

Der Prozess ist klar, wer wann aufstellt und abräumt. Wir nehmen den Input auf und besprechen ihn intern.

Christian Nöthiger, Ratspräsident

Der Präsident verdankt zum Schluss der Sitzung die Ratsmitgliedschaft von Laura Koechlin und verabschiedet sie mit einem Präsent aus dem Rat.

Er dankt für die konstruktiven Diskussionen, weist auf die nächste Einwohnerratssitzung vom 20. Juni hin und schliesst die Sitzung um 22.15 Uhr.

Zofingen, 28. Juli 2022

EINWOHNERRAT ZOFINGEN


Dr. Christian Nöthiger
Ratspräsident


Dr. Fabian Humbel
Protokollführer